Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 2

Rubrik: Zeichen der Zeit : Deutsch-deutsche Irrungen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit
Deutsch-deutsche Irrungen

Der sich abzeichnende Untergang einer sozialistischen DDR, ihr Anschluss an den real existierenden Kapitalismus, der Triumph derer, die kein Recht haben, recht zu haben – diese Entwicklung erfüllt all jene mit Sorge, die, wie der Erfurter Propst Heino Falcke an der Ökumenischen Versammlung 1989 in Basel sagte, die «Hoffnung auf einen sich demokratisierenden Sozialismus» nicht aufgeben wollen. Und auch nicht aufgeben können, «weil der Kapitalismus international die Hauptursache der Armut im Süden ist und national die Züge einer postsozialen Gesellschaft annimmt»[1].

Die DDR hat ihre eigene historische Legitimation. Anders als die BRD steht sie in einer konsequent antifaschistischen Tradition. Anders als die BRD hat sie sich kaum an der Ausbeutung der Dritten Welt beteiligt.[2] «Und wenn in dieser Deutschen Demokratischen Republik nichts weiter getan worden wäre, als den Beweis zu erbringen, dass man in Deutschland einen Staat auch ohne Grosskapitalisten und Grossgrundbesitzer machen kann, es wäre schon eine geschichtliche Tat gewesen», schreibt Stefan Heym in seiner grossen Autobiographie.[3] Nur: Antifaschistische Tradition, Abkoppelung von den internationalen Ausbeutungsmechanismen und vom Grosskapital sind kein Ersatz für fehlende demokratische Legitimation. Sie wurden es immer weniger, je mehr dieser Staat in die Jahre kam. Der 40. Jahrestag seiner Gründung und die seitherige Entwicklung brachten es an den Tag.

Doch nun soll Demokratie in der DDR dazu dienen, den kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung aus der Politik zu verdrängen und an seiner Stelle restaurative Kräfte zu installieren, die für Kapitalismus und «Wiedervereinigung» eintreten. Ein moralisches Recht, das mangels demokratischer Legitimation pervertiert wurde, soll durch ein moralisches Unrecht ersetzt werden, das sich dann nach bekanntem Muster auf die formale Demokratie berufen kann.

Der Existenzkampf der PDS

Am 18. März stehen in der DDR *Wahlen* bevor. Sie haben den einzigen Zweck, die kommunistisch geführte Regierung zu stürzen, die Sehnsucht der Bevölkerung nach den westlichen «Fleischtöpfen»[4] zu nutzen und den Ausverkauf der DDR zu beschleunigen. Was tut's, dass die demokratischen Kräfte der Opposition sich bis zu diesem Zeitpunkt gar nicht werden formieren können. Westliches Kapital wird nach der «Protestwahl» das Machtvakuum ausfüllen.

Der Wahltermin des 18. März ist ebenso verfrüht wie unvermeidlich. Erst hätten kommmunale und regionale Wahlen stattfinden, die Parteien sich auf dieser unteren Ebene organisieren und bewähren müssen. Jetzt fehlt die Zeit, um Demokratie von unten «wachsen» statt von oben «wuchern» zu lassen (um hier ein Wort zu verwenden, das der westdeutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Zusammenhang mit der «Wiedervereinigung» geprägt hat). Was einerseits auf die Versäumnisse der alten SED-Führung zurückzuführen ist, anderseits den restaurativen Kräften entgegenkommt, die unter «Demokratie» nichts anderes verstehen als die Liquidation des Sozialismus, der auch keine Chance einer demokratischen Erneuerung bekommen soll. Das Kapital und jene, die es anbeten, haben alle Trümpfe in der Hand. Würde die ehemalige SED, die jetzt «Partei des Demokratischen Sozialismus» (PDS) heisst, wider Erwarten die Wahlen gewinnen, so wäre ein weiterer Massenexodus in die BRD zu erwarten. Allein schon diese «Drohung» genügt, um echte Wahlen zu verunmöglichen. Wenn es um ökonomische Vorteile geht, hört der Respekt vor demokratischen Entscheidungen auf.

Bereits muss Gregor Gysi, der Vorsitzende der PDS, darum bitten, die Opposition möge seiner Partei das *Existenzrecht* nicht absprechen, «da das von weiten Teilen der Bevölkerung geforderte Verschwinden der Partei die ‹Verfälschung der demokratischen Verhältnisse› in der DDR zur Folge hätte» (TA, 23.1.90). Der Ruf nach Auflösung dieser Partei, sofern er von aussen kommt, übernimmt genau das totalitäre Verhaltensmuster, das der alten SED vorgeworfen wurde – wie diese sich umgekehrt gegen den faschistischen Totalitarismus verteidigte, indem sie bei ihm zuviele Anleihen machte, auch dann noch, als es Faschismus in der DDR nach offizieller Lesart gar nicht mehr gab. Statt die Auflösung der PDS zu verlangen, müssten Demokratinnen und Demokraten aller Richtungen sagen: Es ist Sache der Demokratie, Macht und Einfluss zwischen den Parteien zu verteilen. Nicht aber kann es Sache demokratischer Kräfte sein, eine Partei auszuschalten, die sich an demokratische Spielregeln hält. Die Gefahr besteht, dass, wer heute die Auflösung der PDS fordert, morgen nach einem allgemeinen Kommunistenverbot ruft. Der Teufelskreis ist absehbar, dass die PDS sich schwertut, die demokratische Avantgarde zu sein, die sie um der eigenen Glaubwürdigkeit willen sein müsste, wo doch «Demokratie» sich anschickt, zum Vehikel eines neuen Antikommunismus zu werden.

Gewiss, im Namen der SED wurden zahllose *Menschenrechtsverletzungen* begangen, Menschen bevormundet, die eigenen Parteimitglieder gegängelt. Und es gibt nicht nur die Schuldigen an der ehemaligen Spitze von Partei und Staat, sondern auch zahlreiche Mitwisser und Mittäter an der Basis. Es gibt Schuld, die sich nur bedingt auf die «mildernden Umstände» der stalinistischen Zwangsjacke nach dem Zweiten Weltkrieg und der späteren Breschnew-Doktrin berufen kann. Der alten SED wäre vor allem vorzuwerfen, dass sie Gorbatschows «neues Denken» nicht von allem Anfang an zur Demokratisierung und Liberalisierung der eigenen Gesellschaft genutzt, sondern sich gegenüber den Entwicklungen in den anderen sozialistischen Staaten abgeschottet hat, wohl in der Meinung (oder gar Hoffnung), Perestroika erweise sich nicht als endgültiger Kurswechsel in der UdSSR.

Sozialdemokratische «Wiederkehr des Alten»

Eben noch hat die westdeutsche SPD mit der SED ein *Dialogpapier* vereinbart, in dem es heisst: «Keine Seite darf der andern die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, dass beide Systeme reformfähig sind... Die ideologische Auseinandersetzung ist so zu führen, dass eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbleibt.»[5] Jetzt aber, wo sich die ehemalige SED tatsächlich erneuert, wo demokratische Kräfte die Partei leiten und sie auf einen Kurs des demokratischen Sozialismus zu bringen suchen, will die SPD mit dem Dialogpartner von gestern nichts mehr zu tun haben, spricht sie ihm die Existenzberechtigung ab, hofft sie gar, dass der Kapitalismus jede Form von Sozialismus abschaffen wird, und mischt sich massiv in die inneren Angelegenheiten der DDR ein.

Die SPD hält sich ihre eigene *Ziehpartei*, die nichts vorzuweisen hat als den gleichen Namen und eine saubere Weste – mangels anderer Gelegenheit. Da kann die West-CDU nicht zurückstehen. Sie droht der Ost-CDU mit der Einstellung der finanziellen Hilfe, falls die verlorene Schwester nicht endlich der vom Bonner Adenauerhaus verordneten Generallinie folgt. Die FDP verhält sich nicht anders. Ihr Wirtschaftsminister warnt die DDR vor einem «dritten Weg» und erklärt in kaum mehr zu überbietender Arroganz: «Der Sozialismus ist tot; Sanierungsversuche bedeuten Leichenschändung!» (TA, 23.1.90).

Was aber hat die westdeutsche SPD selbst der DDR anzubieten? Wenn es nach Klaus von Dohnahnyi[6], dem dürftigen Vordenker dieser Partei geht, dann bleibt der DDR nur der *Anschluss an das kapitalistische Wirtschaftssystem*. «Als Sozialdemokrat» lobt er die «höhere Leistungskraft privatwirtschaftlich organisierter Wirtschaftssysteme», mag diese seinem Land auch zwei Millionen registrierte Arbeitslose, einen katastrophalen Wohnungsmangel und

leere Sozialkassen bescheren. Er beruft sich auf die Schweiz, die, gemessen an den Grundwerten von Selbstbestimmung, Solidarität, Wohlstand und Friedensorientierung, «ein sozialistisches Land» sei... Dohnanyi meint gar, «dass überall dort, wo christliche oder soziale Hoffnungen mit der Vergesellschaftung des Eigentums verknüpft wurden, eben nicht eine menschliche Ordnung, sondern am Ende nur eine unmenschliche Unordnung entstand». Als ob mit diesen Hoffnungen je die Kommandowirtschaft stalinistischen Typs gemeint gewesen wäre, genossenschaftlicher und demokratischer Sozialismus je eine Chance gehabt hätten, diese Hoffnungen zu erfüllen. Selbst wenn «ausländisches Kapital einen Teil der Anlagen oder des Know-how in der DDR kauft», ist das nach Donahnyi «im Zuge der ohnehin notwendigen Privatisierung eines erheblichen Teils der Produktionsmittel» völlig harmlos, ja erwünscht. Um auch den letzten Zweifel an diesem ideologischen Kotau vor dem Kapital auszuräumen, schreibt er: «Eine grundsätzliche Entscheidung gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln, auch in den sogenannten Hauptproduktionsbereichen, hat nichts mehr mit freiheitlichem Sozialismus zu tun, sondern letztlich nur mit der Verdrängung praktischer Erfahrungen aller demokratischen Staaten zugunsten immer noch populärer Vorurteile.»

Offenbar hat die SPD ihre bisherige Rolle als *Sachwalterin des Kapitals* so sehr verinnerlicht, dass von ihr keine Veränderung mehr zu erwarten ist, weder im Westen noch im Osten Deutschlands. Da musste Willy Brandts Auftritt im thüringischen Gotha zur Erinnerung an den Vereinigungsparteitag der deutschen Sozialdemokraten von 1875 zur schieren Folklore verkommen. Die SPD hat mit ihrer Vergangenheit schon längst gebrochen, darum nichts mehr zu bieten, was nicht auch die CDU bieten könnte. Der Wirtschaftsexperte der SPD, Wolfgang Roth, akzeptiert die Expansionspläne des westdeutschen Kapitals und bringt sie auf den – bis zur Kenntlichkeit entstellten – sozialdemokratischen Punkt: «Ihre Notenpresse muss die DDR in Frankfurt bei der Bundesbank abgeben» (DER SPIEGEL, 22.1.90).

Ausgeblendet und verdrängt werden die *weltweiten Ausbeutungsmechanismen,* denen die real existierende Marktwirtschaft dient und von denen nun auch die DDR profitieren soll, die Verelendung der Dritten Welt als kapitalistisch verursachte Gesamttendenz, die sich durch zunehmende Verschuldung, Ausplünderung der Rohstoffe, Umweltzerstörung usw. noch verstärken wird. Was der kapitalistische Würgegriff an Zinsen und sich verschlechternden Weltmarktpreisen aus diesen Ländern herauspresst, wird zur Kolonialisierung der Oststaaten eingesetzt. Die Komplicenschaft der westlichen – nicht nur westdeutschen – Arbeiterbewegung mit dem Kapital bei der Verteilung der Beute aus der Dritten Welt gilt offenbar auch als sozialdemokratisches Vorbild für die arbeitenden Menschen in der DDR. Der Fluch dieser Ausbeutung soll ihnen zum Segen gereichen.

«Wiederkehr des Alten» nannte *Leonhard Ragaz* die Politik der SPD schon 1945 (NW 1945, S. 187). Drei Jahre später stellte auch *Hugo Kramer* fest, dass es der SPD «nicht besonders ernst mit dem Sozialismus ist», ja dass sie obendrein «den Weimarer Sozialpatriotismus wieder aufwärmt oder sich einbildet, es noch einmal mit der ‹freien Wirtschaft› unter amerikanischem Patronat machen zu können» (NW 1948, S. 496).[7] «Wiederkehr des Alten», des alten Sozialpatriotismus wie des alten Versuchs mit sozial temperierten Kapitalismus, ist heute alles, was die SPD vorzuweisen hat und der DDR vorzuschlagen weiss.

«Wiedervereinigung»?

Restaurativ bis in die Sprache hinein ist der Begriff der «Wiedervereinigung», ihre historische Legitimation dürftig, zeitlich auf die kurze Epoche von 1871 bis 1945 beschränkt, in der das Deutsche Reich erst noch zwei Weltkriege zu verantworten hatte. Der Ruf nach Wiedervereinigung beruht wohl kaum auf organisch entwickelter Realität, die nun wieder zusammenwachsen solle, weil sie angeblich zusammengehöre. Vor der «Wiedervereinigung» müsste in jedem Fall die Selbstbestimmung der DDR stehen, die mit den unlauteren Methoden des Anschlusses an das BRD-Kapital doch gerade sabotiert wird.

«Wiedervereinigung», auch wenn sie auf

die *heutigen Grenzen* von BRD und DDR sich beschränkte, würde fast 80 Millionen Menschen samt der Wirtschaftskraft von Nummer 4 und Nummer 15 auf der ökonomischen Weltrangliste umfassen. Läge dieser Koloss im europäischen oder auch nur im wohlverstandenen deutschen Interesse? Wäre es nicht überhaupt besser, kein europäischer Staat hätte die Macht und Grösse, dass er versucht sein könnte, die andern zu dominieren? Einen ähnlichen Gedanken hatte Augustinus, als er den römischen Imperialismus auf «des Reiches Grösse» zurückführte. Wäre dieses klein geblieben, «dann sähe es besser auf Erden aus». «Alle Reiche würden klein sein und sich nachbarlicher Eintracht freuen.»[8] Das Thema ist von unverminderter Aktualität, nicht nur im Blick auf Deutschland, sondern auch auf Supermächte wie die USA und die Sowjetunion. Insofern wäre auch die Verselbständigung einzelner Sowjetrepubliken nicht nur negativ zu werten. Allein: Ein Zerfall der UdSSR bei gleichzeitigem Wiederaufleben eines gesamtdeutschen Nationalstaates würde die Fundamente des gemeinsamen europäischen Hauses zerstören, noch bevor dieses gebaut wäre.

Gewiss, Grösse und Macht sind nicht an sich böse. Wäre Deutschlands Einheit eine Frucht der Entmilitarisierung beider Staaten, ihrer Neutralisierung auch durch das Ausscheiden aus den beiden Blocksystemen, dann könnte von deutschem Boden endlich *Friede* ausgehen. Würde die ökonomische Macht genutzt, um an die besten Traditionen des Sozialismus wie des Liberalismus anzuknüpfen, dann würde dieser Friede sich auf die verlässlichen Pfeiler von Gerechtigkeit und Freiheit stützten. Zwischen DDR und BRD gäbe es nicht Anschluss, sondern Synthese, Dritten Weg, *demokratischen Sozialismus*. Ragaz hat schon um eine analoge Synthese gerungen: «Was Deutschland nötig hätte, wäre ein Sozialismus im weitesten und besten Sinne des Wortes, der imstande wäre, das Beste des Ostens mit dem Besten des Westens zu verbinden... Eine solche Bewegung aber dürfte man nicht durch eine ‹Zerstückelung› Deutschlands schwächen, welche die alten Mächte obenauf brächte...» (NW 1945, S. 311f.). Diese Utopie ist leider nicht mehr konkret, wenn sie es denn jemals war, weil es bis heute an jenem «Sozialismus» fehlt, «der die besten Elemente des älteren ‹demokratischen› Sozialismus mit den besten des Kommunismus verbindet, und zwar nicht im Sinn einer bloss äusserlichen Synthese, sondern organisch aus einem neuen Verständnis und einer neuen Begründung des Sozialismus heraus» (NW 1945, S. 443).

Ragaz sah 1945 die Lösung des «deutschen Problems» aber erst in der «Ges*amt-Umgestaltung Europas* und der Welt» (NW 1945, S. 86). In der Tat: Die deutsche Einheit sollte nicht durch neue Grenzen herbeigeführt, sie sollte durch das gemeinsame europäische Haus vielmehr (dialektisch) «aufgehoben», also nicht nur überflüssig gemacht, sondern auch in einem neuen Sinn «bewahrt» werden. Staatliche Grenzen, Territorialstaaten überhaupt sind heute so unzeitgemäss wie die Armeen, die sie zu ihrer «Verteidigung» hervorbringen. Natürlich wäre das Ende der europäischen Territorialstaaten nicht das Ende jeder politischen Ordnung überhaupt. Das gemeinsame europäische Haus hätte seine eigene politische Ordnung, eine föderalistische, regional dezentralisierte, mit politischen Einheiten, die sich direktdemokratisch verwalten und die Entscheidungen auf der europäischen Ebene gleichberechtigt mitbestimmen könnten. Ich fürchte, dass ein neuer deutscher Nationalstaat genau diese Entwicklung verhindern würde, ich hoffe, dass die Angst vor einem solchen genau diese Entwicklung fördern wird.

1 Heino Falcke, Umkehr führt weiter, in: Peter Felber / Xaver Pfister (Hg.), Gerechtigkeit und Frieden umarmen sich, Europäische Ökumenische Versammlung, Basel 1989, S. 35.
2 Vgl. Carl Ordnung, DDR und Entwicklungsländer, in: NW 1987, S. 367ff.
3 Nachruf, München 1988, S. 591.
4 Vgl. schon Karl Barth, Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik, Zollikon 1958, S. 32.
5 Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, der Öffentlichkeit übergeben am 27. August 1987, dokumentiert in: Junge Kirche, Oktober 1987, S. 575ff.
6 Von der BRD lernen? «Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre», in: DER SPIEGEL, 15./22./29. Januar 1990.
7 Zu den Hinweisen auf Ragaz und Kramer vgl. Ulrich Dannemann: «Ist das die Republik, die wir wollten?», in: Darmstädter Korrespondenz, Nr. 5/1989.
8 De Civitate Dei, IV, 15.